

R1 Upgrade Demokratie - auf uns kommt es an

Antragsteller*in: Patrick Haermeyer
Tagesordnungspunkt: 6 Resolution zum Thema Demokratie

Antragstext

1 Upgrade Demokratie - auf uns kommt es an

2
3 In einer hochpolitischen Zeit stellen sich viele von uns die Frage wie es mit
4 der Demokratie weitergeht. Durch die politischen Ereignisse des letzten Jahres
5 beschäftigen sich aktuell viele Menschen wieder mehr mit Politik und unserer
6 Demokratie. Sie sind bereit sich selbst für politische Veränderung einzusetzen,
7 sei es in Parteien, NGOs, Vereinen oder im privaten Gespräch mit Freund*innen
8 und Angehörigen. Doch an vielen Stellen in unserer Demokratie kommt Frustration
9 auf. Es ist an der Zeit sich für Veränderungen einzusetzen. Dabei kommt es
10 insbesondere auf uns junge Menschen an - es ist unsere Zukunft, um die es geht
11 und nur gemeinsam können wir unsere Demokratie upgraden!

12
13 Wir wollen den politischen Diskurs intensivieren, die Demokratiebildung in
14 Schulen und auch danach ein Leben lang stärken, wir wollen politisches und
15 zivilgesellschaftliches Engagement fördern, die Demokratie in ganz Europa
weiterentwickeln, Menschen besser in den politischen Prozess einbeziehen und
grundsätzlich demokratische Prozesse überdenken.

16 Kommunikation

17
18 Politische Partizipation beginnt mit Kommunikation. Denn nur wenn politische
19 Inhalte und Kontroversen transportiert werden und die Menschen erreichen, können
20 diese Meinungen entwickeln, Positionen beziehen und Teilhabe leben. Politische
21 Akteur*innen tragen hierfür eine Verantwortung. Deshalb müssen politische
22 Inhalte präzise, aber verständlich formuliert sein. Die Welt folgt nicht
23 eindimensionalen Erklärungsmustern. Komplexe Inhalte müssen vermittelt werden.
24 Die Vermittlung von politischen Inhalten darf kein Selbstzweck sein. Zum einen
25 müssen auch die politischen Akteure den Kontakt dort suchen, wo die Menschen
26 sind und wo diese abgeholt werden können. Zum anderen muss den Menschen der
27 Zugang zur Politik erleichtert werden.

28
29 Progressive Politik und ihre Kommunikation ist daher transparent gestaltet und
30 nutzt die digitalen Möglichkeiten.

31
Die neue Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg gibt gute Ansätze. Für
konsequente Transparenz benötigt es jedoch weitere Maßnahmen.

Wir fordern deshalb:

- 32 • alle staatlichen Ebenen müssen Akteur*innen, die sich für eine
33 Politisierung und Information von Menschen engagieren, empowern

- 34 • Parteien und deren Teilorganisationen müssen als wichtiger Teil zur
35 Meinungs- und Willensbildung wahrgenommen werden und in dieser Form
36 unterstützt werden.

- 37 • Strafrechtlich relevante Hate Speech muss konsequent verfolgt werden.
38 Hierfür bedarf es eine gesonderte Ermittlungseinheit der Polizei, die auch
39 Bundesweit gut vernetzt ist und über entsprechendes Know-How verfügt.

- 40 • Falschmeldungen und tendenziöse Berichterstattung sollte mit Aufklärung
41 begegnet werden. Wir fordern, Initiativen wie z.B. Mimikama zu
42 unterstützen und Kooperationen zwischen Strafbehörden, Betreibern von
43 SocialMedia und diesen privaten Initiativen anzuregen, um so externe
44 Monitorings zu schaffen.

- 45 • Transparenz über Algorithmen der großen Social Media Betreiber, um
46 divergenten Diskursräumen vorzubeugen

- 47 • Transparenz von Verwaltungsarbeit und Darstellung von Inhalten muss
48 verbessert werden. Öffentliche Beratungen, insbesondere in kommunalen
49 Gremien, müssen die Regel sein.

- 50 • Rechtssicherheit für Streaming-Angebote von Stadt- und Gemeinderäten,
51 sowie eine gezielte Förderung solcher Vorhaben

- 52 • ein echtes Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg am Vorbild
53 Hamburgs

54 **Demokratiebildung in Schulen**

55
56 Eine stabile und gesunde Demokratie muss gepflegt und gefördert werden. Einer
57 der wichtigsten Aspekte dabei ist die Bildung der Demokratie. Die Vermittlung
58 demokratischer Prinzipien, Werte und Prozesse muss allen zugänglich sein. Vor
59 allem in Schulen muss sie dringend gestärkt werden. In baden-württembergischen
60 Schulen hat das Fach Gemeinschaftskunde einen sehr geringen Stellenwert, hier
61 wollen wir Änderungen sehen.

Wir fordern deshalb:

- 62 • Gemeinschaftskundeunterricht in allen weiterführenden Schulen ab der 5.
63 Klasse

- 64 • Gemeinschaftskunde ab der 8. Klasse als Hauptfach

- 65 • Wiedereingliederung des Faches Wirtschaft in den
66 Gemeinschaftskundeunterricht

- 67 • Freiräume im Bildungsplan für projektorientierten
68 Gemeinschaftskundeunterricht und dementsprechende Entlastung der
69 Lehrer*innen, um diese Art des Unterrichts zu ermöglichen

- 70 • Aufnahme der "Demokratiebildung" in die Leitperspektiven des Faches
71 Gemeinschaftskunde

- 72 • Leitperspektiven müssen tatsächlich erstgenommen werden und auch im
73 Schulleben ankommen

- 74 • bilingualen Gemeinschaftskundeunterricht - Politik, Demokratie und
75 Wirtschaft dürfen nicht nur im Fach Gemeinschaftskunde behandelt werden,
76 sondern auch in allen fremdsprachigen Fächern als fester Bestandteil
77 integriert sein

- 78 • stärkere Vermittlung von Partizipationsmöglichkeiten, auch außerhalb der
79 Schule

- 80 • Die Erhaltung und Stärkung des Philosophieunterrichts, welcher uns über
81 die Wurzel der Demokratie lehrt. Die Wahl dieses Faches soll mittelfristig
82 allen Schüler*innen ermöglicht werden.

83 Da man Demokratie am Besten lernt, wenn sie selbst gelebt werden kann, muss ein
84 Demokratisierungsprozess in unseren Schulen stattfinden. Schulen müssen hierbei
85 ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und demokratische Strukturen vorleben.
86

Wir fordern deshalb für alle Schulen:

- 87 • Gremien, die Schüler*innen die Möglichkeit geben an der Politik der Schule
88 teilzunehmen und selbstbestimmt Ideen einzubringen. Dies soll außerdem
89 durch Weiterbildungsangebote wie Workshops gefördert werden. Die Schulen
90 müssen den Schüler*innen zeigen, wie sie sich beteiligen können.

- 91 • Jede*r Schüler*in soll die Möglichkeit haben, sich in der demokratisch
92 strukturierten Schule zu beteiligen.

- 93 • Beteiligung darf nicht durch schlechte Noten verwehrt werden und darf auch
94 nicht zu Nachteilen führen, sondern soll positiv honoriert werden

- 95 • Bestimmte Entscheidungen, die alle betreffen, sollen von der gesamten
96 Schulgemeinschaft beschlossen werden, wobei jede*r eine Stimme hat und
97 alle Stimmen den selben Wert haben. Anträge für Änderungen sollen von
98 jedem Mitglied der Schulgemeinschaft eingereicht werden können und
99 gleichwertig betrachtet werden. Einreichung in Gruppen soll auch möglich
100 sein.

- 101 • Die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung aller Schüler*innen muss
102 selbstverständlich sein

103 **Demokratie lernen - politische Bildung ein Leben lang**

104
105 Sieht man sich die Zahlen und Einstellungen der jungen Menschen an, wird eines
106 in der Mehrheit klar: Wir sind jung und wir sind offen! Nur 29 Prozent der
107 Jugendlichen fürchten sich vor Zuwanderung, aber fast die Hälfte hat Angst vor

108 Ausländerfeindlichkeit. Jugendliche sind im Schnitt offener gegenüber der
109 Zuwanderung geworden. Junge Menschen interessieren sich wieder mehr für
110 gesellschaftspolitische Themen. Sie wollen sich verstärkt in soziale
111 Gestaltungsprozesse einbringen. Die Jungen wollen zupacken, umkrepeln, sich
112 neue Horizonte erschließen und sind dabei auch bereit Risiken einzugehen. Die
113 junge Generation kann deshalb als „Generation im Aufbruch“ bezeichnet werden
114 (Quelle: Shell Jugendstudie 2015).

115
116 Beim Brexit und auch bei der Wahl Donald Trumps waren es in der Mehrheit ältere
117 Menschen, die gegen die EU und gegen eine plurale Demokratie gestimmt haben. Wir
118 wollen Junge nicht gegen Alte ausspielen. Wir glauben aber, dass die Bildung zu
119 freiheitlich-demokratischen Individuen nicht nur in der Schule passieren sollte.
120 Ab einem Alter von 18 Jahren besteht keine Schulpflicht mehr. Die
121 Demokratiebildung darf nicht nach der Schule aufhören und muss durch Projekte,
Aktionen und Bildungsangebote ein Leben lang weitergehen.

Wir fordern deshalb:

122 • Bildungsangebote, wie sie beispielsweise durch die Bundes- und
123 Landeszentralen für politische Bildung angeboten werden, müssen ausgebaut
124 und besser gefördert werden

125 • Einführung von „Demokratieschulen“ für Menschen, die durch wiederholte
126 Hassrede im Internet auffallen. Mit Bußgeldern ist es nicht getan. Wir
127 wollen, dass Menschen, die mehrfach durch rassistische, antisemitische,
128 homo- oder transphobe Beleidigungen aufgefallen sind, zu
129 Biografiegesprächen mit Betroffenen verpflichtet werden

130 • Maßnahmen für Menschen, die durch antidemokratische Verhaltensweisen
131 auffallen

132 • Werbemaßnahmen für interkulturelle Trainings im klassischen Vereinsgefüge.
133 Sport- und Musikvereine sind in fast jeder Kommune vertreten. Wir sehen
134 dort großes Potenzial, um Programme zu entwickeln, die Gemeinsamkeiten von
135 verschiedenen gesellschaftlichen Milieus in den Vordergrund stellen.

136 **Vom Sportverein über die Freiwillige Feuerwehr bis zur Partei -** 137 **Zivilgesellschaft und Mitgestaltung unterstützen und fördern**

138
139 Rund 45% der Menschen in Deutschland engagieren sich ehrenamtlich, in Baden-
140 Württemberg sind es sogar knapp 50%. Dieses freiwillige und bestenfalls
141 symbolisch bezahlte Engagement bereichert die Gesellschaft und ermöglicht das
142 reibungslose Funktionieren vieler grundlegender Dienste – beispielsweise im
143 karitativen Bereich und im Katastrophenschutz. Wir wollen dieses Engagement
144 stärken, fördern und vor allem weitere Menschen fürs Ehrenamt begeistern, denn
145 viele der Engagierten haben mehrere Ehrenämter inne, während andere noch gar
146 nicht aktiv sind. Ein Warnsignal ist auch, dass die Anzahl der Menschen, die
147 bereit sind, sich jahrelang oder teilweise gar lebenslang ehrenamtlich zu
148 engagieren, zwar immer noch hoch, aber stetig am Sinken ist. Immer mehr Vereine
149 tun sich schwer daran, leitende Positionen zu besetzen. Darauf müssen Antworten
150 gefunden werden.

151
152 Das Ehrenamt bekommt gerade in Zeiten, in denen die Integrationskraft der

153 Gesellschaft gefragt ist, eine zusätzliche wichtige Funktion. Denn gemeinsames
154 Engagement bringt Menschen zusammen und hilft Schranken zu überwinden und das
155 Gefühl zu vermitteln, willkommen und gut aufgehoben zu sein.

156

157 Ehrenamt braucht Hauptamt. Gerade kleinere Vereine dürfen nicht durch die
158 Überfülle täglicher Verwaltungsaufgaben überfordert sein. Längst nicht alle
159 haben die notwendige Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren, weil sie mit der
160 Erwerbsarbeit überlastet sind. Hier ist Hilfe gefordert, um das Engagement
161 weiterhin zu ermöglichen.

162

Je früher ehrenamtliches Engagement ausgeübt wird, desto selbstverständlicher wird es zum Teil des Lebens. Daher muss dieses Engagement über Kooperationen mit Vereinen noch stärker im Schulalltag mitgedacht und mitgeplant werden.

Wir fordern deshalb:

- 163 • Fördermittel des Landes, die die Kommunen einsetzen sollen, um kleineren
164 gemeinnützigen Vereinen eine Professionalisierung der Verwaltungsaufgaben
165 zu ermöglichen
- 166 • Ehrenamtsbüros und Ehrenamtsbeauftragte vor Ort in den Kommunen, die
167 Beratung und Unterstützung für ehrenamtlich Engagierte sicherstellen und
168 zur Hälfte von Land und Kommune finanziert werden.
- 169 • öffentlich-rechtliche Haftpflicht- und Unfallversicherungsangebote für die
170 Zeit der Ausübung von Ehrenämtern
- 171 • Berücksichtigung überdurchschnittlichen ehrenamtlichen Engagements, auch
172 außerhalb der Hochschule, für die Einhaltung der Regelstudienzeit
- 173 • Konzepte, um das ehrenamtliche Engagement an der Schule und in der
174 Schulzeit zu fördern, gerade im Rahmen der Ganztagschule
- 175 • Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement während der
176 Schul-, Ausbildungs- und Studienzeit
- 177 • eine unbezahlte Freistellungsmöglichkeit für ehrenamtliches Engagement im
178 öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg
- 179 • eine Stärkung der Bildungszeit, um Fortbildungen fürs Ehrenamt zu
180 ermöglichen und zu erleichtern
- 181 • eine Weiterentwicklung des Engagementnachweises, beispielsweise in Form
182 einer Ehrenamtskarte, mit dem Engagierte vergünstigten Eintritt in Kultur-
183 und Freizeiteinrichtungen erhalten

184 **Nur gemeinsam sind wir stark, Demokratie grenzenlos denken!**

185

186 Wir leben heute nicht mehr in einer isolierten Welt, sondern in einer
187 verknüpften und globalisierten. Und das ist auch gut so. Wir fordern eine Welt

188 ohne Grenzen und wir leben sie aktiv. Deshalb betrifft es auch uns direkt, wenn
189 in den USA ein Trump gewählt wird oder Erdogan die demokratische Struktur der
190 Türkei gefährdet. Staaten, die einst Vorbilder für Demokratie waren, werden
191 umgestaltet. Solidarität mit kämpfenden Demokrat*innen auf der ganzen Welt muss
192 unsere Antwort sein. Eine gesunde Demokratie und unser Streben dafür hört nicht
193 an den Grenzen Baden-Württembergs auf!

Wir fordern deshalb:

- 194 • Einen konsequenten demokratischen Ausbau der EU: Die Europäische
195 Kommission und ihr*e Präsident*in sollen als die "Regierung" der EU,
196 direkt gewählt werden und der Einfluss der nationalen
197 Mitgliedsstaatsregierungen somit weniger werden. Weiterhin sollte der
198 Ausschuss der Regionen ausgebaut werden um den föderalen Charakter der EU
199 zu wahren und den Regionen eine stärkere Stimme zu geben. Nur die
200 Perspektive auf einen demokratischen, progressiven EU-Föderalstaat ist
201 eine gute Zukunftsvision für die EU.

- 202 • Banden bilden gegen Rechtspopulist*innen: Die Muster sind gleich. Rechte
203 Gruppierungen vernetzen sich schon längst über die Grenzen hinweg in
204 Europa. Jetzt müssen sich auch die offenen Gesellschaften Europas
205 vernetzen. Dafür müssen Städtepartnerschaften und andere
206 Austauschmöglichkeiten zwischen den EU-Staaten gestärkt werden, die
207 Menschen in der Mitte der Gesellschaft einander näher bringt.

- 208 • Brexit? Nein danke! Wir fordern, dass Baden-Württemberg sich gegen
209 Sonderkonditionen für das Vereinte Königreich beim Austritt aus der EU
210 einsetzt. Der Brexit muss ein abschreckendes Einzelphänomen bleiben und
211 darf nicht zur Nachahmung anregen.

- 212 • Ein Willkommen an Schottland: Gleichzeitig soll sich Baden-Württemberg
213 stärker um eine Kooperation mit Schottland auf der Ebene der
214 Länderparlamente und der Landesregierungen bemühen, um sich für einen
215 Verbleib Schottlands in der EU stark zu machen.

- 216 • Austausch vor Abschottung: Wir fordern einen Fortbestand des Erasmus-
217 Austauschprogrammes auch mit dem Vereinten Königreich. Sollte dies
218 gefährdet sein, so muss das Land Baden-Württemberg in Kooperation mit
219 seinen Hochschulen enge Partnerschaften mit britischen Universitäten
220 suchen.

- 221 • Demokratieabbau stoppen: In Solidarität mit Demokrat*innen z.B. in Ungarn
222 und Polen fordern wir, dass die EU konsequent Sanktionen gegen eine
223 Entdemokratisierung ihrer Mitgliedsstaaten verhängt. Das Fortbestehen
224 einer Mitgliedschaft in der EU muss an eine freiheitlich demokratische
225 Grundordnung geknüpft sein.

- 226 • Breitere europäische Austausche und Vernetzungen fördern. Nicht nur
227 Studierende und Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben, Europa zu
228 erleben und Austausche zu machen, sondern Menschen in allen Lebenslagen
229 und in allen Berufsgruppen. Das Land soll daher verstärkt Austausche für
230 Menschen im Arbeitsleben fördern und ermöglichen.

- 231 • kostenloses Interrailticket für alle zum 18. Geburtstag
- 232 • Gemeinsamer Kampf der Korruption in Europa: Vereint und nach europäischen
233 Standards Beamt*innen ausbilden. Die bestehenden Austauschmöglichkeiten
234 sollen auch hier intensiviert werden.
- 235 • Die Festung Europa ist nicht demokratisch: Das Land sollte sich weiter
236 freiwillig zu festen Aufnahmekontingenten verpflichten und sich im
237 Bundesrat für ein Einwanderungsgesetz stark machen, das es Menschen auch
238 ohne Asylgrund möglich macht, an unserer Gesellschaft und unserem Staat
239 teilzuhaben.
- 240 Baden-Württemberg muss Verantwortung in der Welt übernehmen. Nur so ist ein
241 internationales Streben nach Demokratie konsequent.
- 242 • Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit: Zusammenarbeit mit
243 Burundi darf nicht beim Kaffee halt machen und soll weiter ausgebaut
244 werden.
- 245 • Die Landesregierung muss sich auch jetzt noch klar gegen TTIP und CETA
246 stellen. Diese undemokratischen Abkommen sind ein Schritt nach hinten,
247 nicht nach vorne und schwächen alle Länder außerhalb der transatlantischen
248 Partnerschaft. Global gerechte Visionen statt baden-württembergischer
249 Selbstgerechtigkeit!
- 250 • Junge Demokratien nicht im Stich lassen: Die Landesregierung soll mehr
251 Projekte fördern, die die Demokratie in Ländern in denen diese gerade
252 entsteht oder gefährdet ist stärken. So sollten verstärkt Kooperationen
253 eingegangen werden, die z.B. die junge tunesische und andere
254 nordafrikanische Generationen an Demokrat*innen fördert.
- 255 • Das Land soll Demokratiestipendien ermöglichen, bei denen Menschen
256 aus anderen Ländern die für eine Demokratie wichtigen Strukturen studieren
257 können, z.B. durch Praktika in der Verwaltung, Patenschaften durch
258 Parteien & Jugendorganisationen oder Kurzpraktika in Vereinen

259 **Beteiligung mit System**

260
261 In der vergangenen Legislaturperiode hat die Grün-Rote Landesregierung viel für
262 die Beteiligung von Jugendlichen getan: Sie hat das Wahlalter bei Kommunalwahlen
263 auf 16 Jahre gesenkt, Jugendgemeinderäte deutlich gestärkt und mit Antragsrecht
264 für die Gemeinderäte ausgestattet. In genau diese Richtung muss nun auch die
265 Grün-Schwarze Landesregierung weiterarbeiten, denn Jugendbeteiligung darf sich
266 nicht auf die kommunale Ebene beschränken! Auch auf Landesebene werden
267 Entscheidungen getroffen, die Jugendliche im Land direkt betreffen.
268
269 Den Jugendlandtag und den Kindergipfel betrachten wir als gute Initiativen, um
270 Kindern und Jugendlichen die Landespolitik näher zu bringen und sie zu
271 beteiligen. Die Schaffung von Sondergremien und Sonderregeln für Jugendliche
272 löst jedoch nicht das Problem, dass junge Menschen – und damit ihre Meinung - in
273 der Landespolitik massiv unterrepräsentiert sind. Das Durchschnittsalter im

274 Landtag von Baden-Württemberg beträgt über 53 Jahre. Da ist noch viel zu tun.
275 Der erste und wichtigste Schritt zu einem Landtag, der wirklich die Gesellschaft
widerspiegelt, ist die Einführung eines Listenwahlrechts.

Wir fordern deshalb:

276 • aktives und passives Wahlrecht bei der Landtagswahl für alle Menschen, die
277 seit mindestens 3 Monaten ihren Erstwohnsitz in Baden-Württemberg haben
278 und mindestens 16 Jahre alt sind

279 • Umsetzung des Koalitionsvertrags und somit schnellstmögliche Einführung
280 eines Listenwahlrechts für die Landtagswahl

281 • das Recht sich an Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksanträgen zu
282 beteiligen für alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in Baden-Württemberg
283 haben

284 • Antragsrecht für den Jugendlandtag

285 • Befragung von Jugendlichen vor Entscheidungen, die Jugendliche massiv
286 betreffen, z.B. bei Änderungen im Bildungssystem oder beim öffentlichen
287 Personennahverkehr

288 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass langfristig alle Menschen das Recht
289 haben zu wählen, die seit mindestens 3 Monaten ihren Erstwohnsitz in Deutschland
290 haben - unabhängig ihrer Nationalität oder ihres Alters.

291 **Upgrade Demokratie - wie gelingt uns das?**

292
293 Gerade in einer Zeit der gesellschaftlichen Polarisierung müssen wir besonders
294 für unsere demokratischen Grundwerte einstehen. Wir wollen uns dabei aber nicht
295 damit begnügen den status quo zu erhalten, sondern wollen echte, positive
296 Veränderungen unserer Demokratie erreichen. Alle Menschen müssen sich am
297 politischen Prozess beteiligen können und von der Politik mit einbezogen werden.
298 Demokratiebildung muss in den Schulen und darüber hinaus ein Leben lang präsent
299 sein. Das Engagement vieler Menschen muss stärker unterstützt und gewürdigt
300 werden. Die Politik muss transparenter und inklusiver werden. Das Upgrade der
301 Demokratie wird außerdem nicht an Grenzen Halt machen. Wir wollen ein
demokratischeres Europa und eine demokratischere Welt.

302 Damit uns das gelingen kann, müssen wir die aktuelle Repolitisierung nutzen, um
303 die Menschen mit unseren Visionen für eine bessere Zukunft zu erreichen. Gerade
304 viele junge Menschen zeigen ein gesteigertes Interesse an der Politik, das wir
305 nutzen wollen. Für sie und gemeinsam mit ihnen werden wir für eine bessere und
306 gerechtere Welt und eine demokratische Zukunft kämpfen. Gemeinsam wird uns das
307 Upgrade der Demokratie gelingen!

Begründung

erfolgt mündlich